

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. Gewerkschaften fordern für die fleißigen Deutschen bessere Arbeitsbedingungen, Forderungen nach Entlastung und Lohn-/Gehaltserhöhungen. Bis 2030 erreichen knapp 9 Mio. Menschen das Rentenalter – für sie rücken nur 6 Mio. Menschen nach. Diese Lücke muss geschlossen werden. Nach dem Statistik-Portal Eurostat¹ lag die durchschnittliche **Wochenarbeitszeit der Deutschen** 2012 bei 35,5 Std., 2022 bei 34,7 Std. Aktuell in der EU 37 Std./Woche.

Im europäischen Vergleich:

	Durchschnittlich geleistete Wochenarbeitsstunden 2023	Durchschnittliche Jahresarbeitszeit 2022 in Stunden
Griechenland	40,9	1.886
Spanien	37,6	1.644
Italien	37,4	1.695
Frankreich	37,2	1.511
Deutschland	34,9	1.341

Quellen OECD, Eurostat

In Deutschland würden vor allem Frauen gerne und mehr arbeiten. Voraussetzung dafür ist aber eine flächendeckende, flexible Kinderbetreuung. Menschen ohne Job und Migranten könnten durch Aus- und Weiterbildung den Arbeitsmarkt bereichern. Mitarbeitern im Rentenalter sollten Anreize geboten werden, ihre Arbeitszeit zu verlängern. In Griechenland herrscht Arbeitskräftemangel, obwohl das Land (nach Spanien) die höchste Arbeitslosigkeit hat (10,8%). Soeben führte Griechenland deshalb die freiwillige Sechs-Tage-Woche ein. Dafür bekommt man 40% mehr Gehalt; fällt der sechste Arbeitstag auf einen Sonn- oder Feiertag, sogar 115% mehr Lohn. Eine Wochenarbeitszeit von 48 Std. darf nicht überschritten werden.

Der sogenannten „Generation Z“ wird häufig nachgesagt, dass sie vor allem an einer guten „Work-Life-Balance“ interessiert ist. Mit anderen Worten: Sie möchten nicht mehr so hart arbeiten wie ihre Väter und Mütter. Dass wir mehr und länger arbeiten müssen, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, lässt sich nicht wegdiskutieren. Wahlkampfparolen und Demos mit lauten Rufen nach der Vier-Tage-Woche, möglichst bei vollem Lohnausgleich, helfen niemandem weiter.

¹ Das Statistische Amt der Europäischen Union, kurz Eurostat oder ESTAT, ist die Verwaltungseinheit der Europäischen Union (EU) zur Erstellung amtlicher europäischer Statistiken und hat ihren Sitz in Luxemburg. (Quelle: Wikipedia)

Zur diesjährigen **Wahl des EU-Parlaments** waren 360 Mio. europäischer Bürger aufgerufen. Das Ergebnis ist hinreichend bekannt und man kann es als schallende Ohrfeige aus Brüssel für die Ampel in Berlin ansehen, was sicherlich von SPD oder den Grünen schmerzlich zur Kenntnis genommen werden musste. Einiges, was man über den europäischen Politikbetrieb wissen sollte: Es wurden 720 Parlamentarier aus 27 Mitgliedsstaaten gewählt. Sitz ist Brüssel und hier tagen die Ausschüsse und Fraktionen des Europäischen Parlaments. In Straßburg tagt man 12mal jährlich in der Hauptversammlung.

Die Mitte-Rechts-Parteien (darunter CDU und CSU) haben ein ähnliches Ergebnis wie 2019 eingefahren und sind seit eh und je die stärkste Kraft im EU-Parlament. Die Abgeordneten erhalten ein monatliches Bruttogehalt von über 10.000 Euro zuzüglich einer Kostenpauschale von fast 5.000 Euro im Monat und ein Tagegeld (für jeden Tag, an dem man sich im Parlament aufhält) von 350 Euro. Als EU-Abgeordneter erwirbt man mit 63 Jahren ein „Ruhegehalt“ von 3,5% des regulären Gehalts für jedes volle Jahr der Zugehörigkeit zum Parlament und 1/12 davon für jeden weiteren vollen Monat. Geschätzt arbeiten in Brüssel 50.000 Lobbyisten, die alle versuchen, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Neben einem jährlichen EU-Haushaltsplan gibt es einen mehrjährigen Finanzrahmen, der aktuell ein Volumen von 1.200 Mrd. Euro plus Mittel aus dem Corona-Wiederaufbaufond in Höhe von 800 Mrd. Euro ausweist. In diesem Jahr wurde von der Ampel das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Die Präsidentin oder der Präsident wird von den Staats- und Regierungschefs nominiert und schlussendlich im Parlament gewählt. Eine zweite Amtszeit für Ursula von der Leyen steht noch längst nicht fest. Präsident Emmanuel Macron, dem sie ihren jetzigen Posten verdankt, ist zwischenzeitlich von ihr abgerückt. Es gibt Klagen über ihre Eigenmächtigkeit, ihre Arroganz, über ihren Regulierungseifer (Bürokratie) und Managementfehler bei der kostspieligen Corona-Impfstoffbeschaffung. Als Nachfolger würde der Italiener Mario Draghi zur Verfügung stehen. Früher war ihr der jetzige Ratspräsident Charles Michel wohlgesonnen, was aufgrund zunehmender Rivalität mittlerweile dazu geführt hat, dass Michel alles daransetzen würde, dass Ursula von der Leyen nicht wiedergewählt wird. Sollten sich am 17.06.2024 die EU-Regierungschefs auf eine zweite Amtszeit für Ursula von der Leyen einigen, könnte sie am 18.07.2024 im Parlament bestätigt werden. Im EU-Parlament gibt es keine festen Koalitionen und keinen Fraktionszwang. Das Generalsekretariat des Europaparlaments liegt in Luxemburg. Die derzeitige Parlamentspräsidentin vertritt das Haus nach außen, es ist die konservative Roberta Metsola aus Malta. Alle Parlamentsdokumente werden in 24 Amtssprachen veröffentlicht. Bei der täglichen Arbeit dominiert Englisch. Nächste konstituierende Sitzung des neuen Parlaments: 16.-19.07.2024 in Straßburg, wo unter anderem das Präsidium gewählt wird.

Vor der EU-Wahl wurde großflächig mit Kanzler Scholz geworben. Für seine Partei war er allerdings kein Zugpferd, sondern eher ein Bremsklotz. Das historisch schlechte Ergebnis 2019 wurde in diesem Jahr nochmals unterboten. Es ist ein Politikwechsel erforderlich, um die harten Nüsse wie Aufstellen des Haushalts 2025, die nächste Bundestagswahl und anderes zu knacken. Bei der nächsten Plakatierung wird es sicherlich nötig sein, das Konterfei von Olaf Scholz mit dem von Boris Pistorius auszuwechseln.

In Relation zu 2019 haben sich die Zeiten nicht nur in Europa geändert. Die Hauptaufgabe in der nächsten Legislaturperiode wird die Wettbewerbsfähigkeit der EU sein. Im Handelskrieg zwischen den USA und China muss man sich positionieren und es scheint uns vonnöten, dass man die Position zu China gründlich überdenken sollte. Auf in Kürze geplante EU-Einfuhrzölle auf chinesische E-Autos wird es mit Sicherheit aus dem Lager eine Retourkutsche geben. Vom EU-Klimaschutzprogramm „Green Deal“ wird man Abstriche machen müssen und mit einer aufgeblähten Bürokratie macht man die Unternehmen der EU nicht wettbewerbsfähiger. Der

ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi hat bereits einen Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der EU vorgelegt. Er fordert grundlegende EU-Reformen, will weitere Beitrittsgespräche mit der Ukraine und der Republik Moldau führen. Insgesamt drängen sich 9 Länder, um Mitglied der EU zu werden. Der Italiener plant neue Gemeinschaftsschulden namentlich für Südeuropa, einen neuen europäischen Investitionsfond, der allerdings von Deutschland rundweg abgelehnt wird. Manfred Weber, der Chef der Europäischen Volkspartei, sieht Europa in den nächsten 5 Jahren vor „historischen Aufgaben“. Ob man mit den geforderten mehr Eigenmitteln die Kompetenz erhöht, um die Aufgaben in der Zukunft wirkungsvoll zu erfüllen, werden die nächsten Jahre zeigen.

Auch nach der EU-Wahl hat die Ampel keine demütige Kehrtwende gemacht, sondern sonnt sich in und mit ihren Errungenschaften für Deutschland. Vorneweg als Pilot der Kanzler Olaf Scholz mit seiner Co-Pilotin Saskia Esken. Nach der Wahl bat man Olaf Scholz, das Ergebnis zu kommentieren. Antwort: „Nö“. Solange er glaubt, alles besser zu wissen, wird es in Deutschland immer schlechter. Aus den Branchen und Fachverbänden werden bessere Rahmenbedingungen, wettbewerbsfähige Energiepreise, steuerliche Entlastungen, Abbau der unkontrollierten Migration und anderes mehr gefordert. Lt. Statistischem Bundesamt werden seit 2000 die Einbürgerungen erfasst. Der Mikrozensus für 2023: So viele Einwanderungen wie noch nie, nämlich 200.000 Menschen, 38% (hauptsächlich) Syrer, gefolgt von Türken, Iranern, Rumänen und Afghanen. Knapp 17% beziehen Arbeitslosen- und Bürgergeld. Seit März gilt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, nach dem 25.000 Nicht-EU-Ausländer 8 Monate in Deutschland arbeiten dürfen. Im März hat die Bundesagentur 196 Anträgen zugestimmt, im April lagen 364 Anträge vor. Nur wenige Unternehmen stellen nach diesem Modell ausländische Arbeitskräfte ein. Auch das lähmende Bürokratiemonster mit ewig langen Genehmigungsverfahren macht den Standort Deutschland nicht attraktiv. Dem deutschen Mittelstand wird es Ende des Jahres zu verdanken sein, wenn der Wirtschaftszuwachs kein Minuszeichen aufzeigt. Viele haben sich damit abgefunden, dass bis Ende der Legislaturperiode niemand aus der Ampel das „Handtuch wirft“. Eine arrogante Aussage einer grünen Politikerin, die wir kürzlich im Fernsehen hörten: „Wir sind schließlich gewählt worden“, muss nicht kommentiert werden. Unternehmen, die es können, gehen ins Ausland. Als Beispiel die Chemiebranche. Der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (VCI)² stützt sich auf Daten des ZEW³: Im Jahre 2018 haben 200, in 2023 360 Mittelständler aus dem Chemie- und Pharmabereich ihre Unternehmen geschlossen oder produzieren heute im Ausland. Das wiederum befeuert nicht die Steuereinnahmen und maximiert die Sorgenfalten des Finanzministers. Eine Lockerung der Schuldenbremse wäre die einfachste Lösung, das allerdings wäre nicht nachhaltig.

Laut dem BWE⁴ sind in Deutschland 30.243 **Windkraftanlagen** in Betrieb. 28.677 Anlagen auf dem Festland und 1.566 in Offshore-Windparks. Nach China und den USA liegen wir damit auf dem dritten Platz. Am 6. dieses Monats gab es eine namentliche Abstimmung⁵ im Bundestag, bei der unter anderem beschlossen wurde, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen (bisher 6-7 Jahre) – im Schnitt um 10 Monate. Ein weiterer Beschluss: „Repowering“ – was vorschreibt, alte Anlagen

² Markus Steilemann ist ein deutscher Chemiker und Manager. (Quelle: Wikipedia)

³ Das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH in Mannheim ist eines der führenden europäischen Wirtschaftsforschungsinstitute. (Quelle: Wikipedia)

⁴ Der Bundesverband Windenergie e.V. (BWE) in Berlin ist ein Fachverband der Windenergiebranche in Deutschland. In ihm sind Planer, Hersteller und Betreiber von Windkraftanlagen sowie sonstige Förderer und Nutzer der Windkraftnutzung zusammengeschlossen. (Quelle: Wikipedia)

⁵ 377 Abgeordnete stimmten mit ja, 257 mit nein und 9 enthielten sich.

durch neue zu ersetzen. Der Gedanke dabei: Moderne Anlagen mit mehr Leistung sollen die alten ablösen. Schleswig-Holstein (Stand 31.12.2023: 3.241 Windräder) schreibt bereits vor, was für die Energiewende zu alt ist und, obwohl sie einwandfrei arbeiten, abgebaut werden muss. Es ist zu befürchten, dass die anderen Bundesländer früher oder später das neue Gesetz ebenfalls umsetzen. Wenig Gedanken macht man sich in Berlin, denn dort gibt es nur 6 Windräder.

Nach dem Beitritt **Chinas** zur **WTO**⁶ (Dezember 2001) gab es einen kräftigen Globalisierungsschub. Die zwischenzeitliche Blockbildung USA / Europa auf der einen Seite und China / Russland auf der anderen hat zu einer Verhärtung der Handelsfronten geführt. Der kürzliche Besuch von Kanzler Olaf Scholz in China mit einer hoch dekorierten Delegation aus der Wirtschaft hat den erhofften Erfolg nicht gebracht. Deutsche Unternehmen in China bemängeln, dass es keinen fairen Wettbewerb gibt und heimische Firmen bevorzugt werden. So fährt Robert Habeck am Freitag, den 21. dieses Monats mit Vertretern des Mittelstands nach China, um über dieses Thema, Zölle, Reduktion der Abhängigkeit von China und anderes mehr zu reden. Dass nicht nur Robert Habeck, sondern auch die Außenministerin Annalena Baerbock chinakritisch ist, ist bekannt. Es hängt von seinem Auftritt, seiner geschliffenen Rhetorik ab, ob er überhaupt eine Chance hat, gehört zu werden.

China hat das Programm „**Made in China 2025**“, in dem über 280 Ziele vorgegeben sind, die in einer 30-Jahre-Strategie erreicht werden müssen. Im Westen ist man der Ansicht, dass China in wichtigen Branchen die Welt erobern will. Solar, Elektroautos und Batterien sind Schlüsselsektoren in der Zukunft. Die Problematik dieser Marschrichtung: Man baut Kapazitäten auf, die weit über den heimischen Bedarf hinausgehen. Da die USA sich durch Zölle abschotten, senken die Chinesen die Preise, legen bei der Kalkulation den derzeit schwachen Yuan zugrunde und versuchen, die Mengen in Europa abzusetzen. Ergänzend gibt es Überlegungen, chinesische Hersteller im Ausland produzieren zu lassen und Investitionen ausländischer Investoren in China zu reduzieren. Das Handelsblatt druckte am 17. dieses Monats den Gastkommentar des chinesischen Generalkonsuls in Düsseldorf Du Chonguo; er ist der Meinung, dass ein Handelskrieg nur Verlierer kennen würde. Er zitiert David Ricardo⁷, der bei der Praxis des „komparativen Kostenvorteils“ einen Anbieter oder ein Land, das sich auf etwas spezialisiert, im internationalen Warenaustausch kostenmäßig im Vorteil sieht. Als Beispiel die deutsche Autoindustrie, die von 4,11 Mio. in 2023 hergestellten Autos ca. 1. Mio. im Inland verkauft hat; den Rest exportiert. Sind das Überkapazitäten? Chinesische Autohersteller exportierten 2023 nur ca. 12,7% ihrer Gesamtproduktion. Windkraftanlagen und Fotovoltaik werden überwiegend im Inland verkauft. Da chinesische Autofahrer deutsche Autos lieben, sind diese vorwiegend auf Straßen in Fernost zu sehen. Ist das umgekehrt mit chinesischen Autos in Deutschland auch so? Chinesen unterliegen einem starken Wettbewerbsdruck und nur Gewinner überleben. In der Wertschöpfungskette von Rohstoffen über Energiepreise, kostengünstigen Fachkräfte, riesigen Produktionsstätten bis zur Endmontage ist man den Europäern meilenweit voraus. Allein die Energiepreise schrecken Chinesen davon ab, in Europa Produktionen aufzubauen. Der Autor merkt an, dass die EU von 2020 bis 2022 3,8 Billionen € in unterschiedlichen Branchen subventioniert hat. Chip-Hersteller planen Produktionen in Deutschland nur aufgrund hoher Zuschüsse vom Bund. Er singt das hohe Lied vom deutschen Unternehmer, was den Refrain „Made in Germany“ hat.

Das „Derisking“ der europäischen Parlamentarier, was auch deutsche China-Strategie zu sein scheint, ist für Du Chonguo „Deduction of opportunities“ (Herunterfahren von Möglichkeiten). Ankündigte Strafzölle der EU ab 01.07.2024 auf chinesische Elektroautos (bis zu 38%) werden

⁶ WTO = Welthandelsorganisation

⁷ David Ricardo, geb. 18.04.1772 verst. 11.09.1823 war ein britischer Nationalökonom, geboren als 3. von 17 Kindern.

von China voraussichtlich mit Aufschlägen auf Fleisch- und Milchprodukte, Weinbrand und anderes mehr aus der EU beantwortet. China hat bereits die WTO angesprochen.

Noch ist im Yantian International Container Terminal (YICT) in Shenzhen Hochbetrieb. Das hat den Preis für einen einfachen 20-Fuß-Container von Shanghai nach Nordeuropa auf ca. 3.400 US\$ ansteigen lassen. Ca. 12% des Welthandels gehen durch das Nadelöhr zwischen dem Jemen, Dschibuti und Eritrea in Afrika. Die Angriffe der Huthi-Rebellen haben dazu geführt, dass Reedereien ihre Routen von China nach Europa um das Kap der guten Hoffnung (Südafrika) verlegt haben. Die Reise dauert ca. 10 Tage länger (d.h. ca. 6.000 Meilen), was die Kosten erheblich belastet.

Wir glauben, dass politische Entscheidungen aus Brüssel, durch Protektionismus und Zölle die Wirtschaft zu schützen, ein Irrweg ist. Die aktuell drohende **Zollspirale** hat in der Vergangenheit gezeigt, dass es mit der Wirtschaft nur abwärtsgehen kann. Mit fast 40% Exportanteil wäre Deutschland der größte Verlierer. Bei den anstehenden Gesprächen in China sollte sich der grüne Minister für Wirtschaft und Klimaschutz bedanken. Wenn Solarpaneele und Elektroautos in China staatlich gefördert werden, bringen sie doch die deutsche Energiewende voran und schützen das hiesige Klima.

Sonntagsfrage zur Bundestagswahl (Stand 30.05.2024)

Partei	%-Wert
AfD	18,0%
BSW	5,0%
CDU/CSU	31,0%
FDP	4,0%
Freie Wähler	3,0%
Grüne	14,0%
Linke	3,0%
SPD	15,0%
Sonstige	7,0%

Quelle:
<https://www.infratest-dimap.de/>

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Anfang dieses Monats machte der **Nickel**-Preis einen kräftigen Sprung nach oben. Es ist Urlaubszeit und er hat sich, wie die nachstehende Tabelle zeigt, wieder abgekühlt. Für einige Minen in Neukaledonien bzw. Indonesien stehen Schließungen bevor.

Der **Molybdän**-Preis ist gestiegen und steigt weiter. Spiegelbildlich erkennt man das beim Legierungszuschlag für z.B. den Werkstoff 1.4404.

Beim **Chrom**-Preis gibt es Veränderungen. Es wurde Anfang dieses Monats festgelegt, dass er nicht mehr auf 3 Monate festgeschrieben wird. Wir sehen ihn in nächster Zeit leicht fallen.

Resümee: Schwacher, lustloser Edelstahlmarkt. Für alle Anbieter nicht zum jubeln!

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
01.02.2024	1.0867	15.985	16.235	71.148	1.478
01.03.2024	1.0819	17.175	17.450	73.788	1.588
02.04.2024	1.0740	17.000	17.100	77.772	1.581
02.05.2024	1.0680	18.405	18.575	78.780	1.720
03.06.2024	1.0848	19.325	19.575	83.724	1.782
20.06.2024	1.0748	17.140	17.450	90.396	1.610

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul *)	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	12/23	853	07/23	1.056	997	978	993	973	1.010	1.024	1.010					
4301	12/23	2.055	02/23	2.989	1.987	1.951	2.020	2.119	2.162	2.313	2.280					
4404	12/23	3.373	03/23	5.472	3.161	3.242	3.302	3.466	3.500	3.754	3.810					
4509	09/23	1.168	07/23	1.297	1.249	1.243	1.268	1.247	1.284	1.298	1.280					
4521	12/23	2.043	03/23	2.916	1.949	2.049	2.048	2.051	2.079	2.145	2.220					
4539	12/23	6.038	03/23	10.313	5.595	5.770	5.881	6.245	6.286	6.809	6.940					
4571	12/23	3.415	03/23	5.550	3.200	3.281	3.345	3.514	3.548	3.808	3.860					

*) LZ-Prognose - Zum heutigen Zeitpunkt sind die LZ Juli noch nicht bekannt

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul *)	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	09/23	1.116	07/23	1.267	1.196	1.174	1.192	1.168	1.212	1.229	1.210					
4301	12/23	2.466	02/23	3.587	2.384	2.341	2.424	2.543	2.594	2.776	2.720					
4310	12/23	2.322	02/23	3.328	2.252	2.212	2.287	2.389	2.440	2.603	2.560					
4404	12/23	4.048	03/23	6.566	3.793	3.890	3.962	4.159	4.200	4.505	4.560					

*) LZ-**Prognose** - Zum heutigen Zeitpunkt sind die LZ Juli noch nicht bekannt

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	12/23	410	05/23	440	425	445	450	450	450	420						
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	06/23	1.120	02/23	1.510	1.270	1.370	1.350	1.400	1.480	1.420						
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/23	2.080	02/23	2.680	2.220	2.322	2.350	2.360	2.480	2.420						

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team